

"Arbeitskreis Armut Grafschaft Bentheim"

Anfang des Jahres 2007 hat sich in der Grafschaft ein "Arbeitskreis Armut Grafschaft Bentheim" gebildet, in dem zurzeit folgende Organisationen auf Kreisebene regelmäßig mitwirken:

Arbeiterwohlfahrt, Diakonisches Werk ev. luth., Paritätischer Wohlfahrtsverband, Caritas Verband, Frauenberatungsstelle Nordhorn, Nordhorner Tafel, Kinderschutzbund, AG Sozialdemokratischer Frauen, ver.di, Kreiselternrat, AG Grafschafter Arbeitsloser.

Der AK Armut ist offen und würde sich über weitere Mitwirkende freuen .

Anliegende Vorschläge und Forderungen stellen einen Diskussionsbeitrag für eine soziale Politik gegen Armut in der Grafschaft einschließlich der Stadt Nordhorn dar.

*Sie wurden vom „Arbeitskreis Armut Grafschaft Bentheim“ entwickelt. Die im AK Armut mitarbeitenden Organisationen bieten ausdrücklich ihre Unterstützung bei der Umsetzung der aufgestellten Forderungen an, denn: **Jedes Kind zählt!!***



*Im Oktober 2007 steckte der Kinderschutzbund Grafschaft Bentheim 3100 Fähnchen in den Rasen der Kreisverwaltung
Jedes Fähnchen steht für 1 Kind unter der Armutsgrenze in der Grafschaft*

Kinderarmut in der Grafschaft Bentheim Auf der Suche nach Auswegen aus dem beschämenden Skandal: Vorschläge und Forderungen zur Bekämpfung von Kinderarmut

Worüber reden wir? Wen bezeichnen wir als arm?

Auch in der Grafschaft wird immer sichtbarer, dass viele Menschen so wenig Geld zum Lebensunterhalt haben, dass sie erhebliche Probleme haben, über den Monat zu kommen und selbst bei normalen Ausgaben Klimmzüge machen oder aufgeben müssen. Zusätzlich schwierig wird es, wenn Kinder versorgt werden müssen, denn sie erhalten nur 208 Euro, das sind 60% des Regelsatzes von 347 Euro. Dieser Regelsatz soll eigentlich das Existenzminimum sichern, ist aber nach Untersuchungen der Wohlfahrtsverbände mindestens um 20% zu niedrig. Deshalb definieren wir Erwachsene, Kinder und Jugendliche aus Haushalten, die Leistungen nach Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungsgesetz oder Grundsicherung im Alter erhalten, sowie Haushalte mit Anspruch auf Wohngeld als „arm“.

Das Problem Kinderarmut „annehmen“!

Obwohl durch zahlreiche Studien belegt und von vielen Organisationen thematisiert, ist das Problem Kinderarmut in einem der reichsten Länder der Erde noch nicht bei jedem angekommen. Schweigen und Wegschauen sind auch bei den politisch Verantwortlichen weit verbreitet. Ein notwendiger erster Schritt ist deshalb die persönliche und öffentliche Anerkennung des Problems: Ja, es gibt Kinderarmut auch bei uns in der Grafschaft. Ja, dies ist ein Skandal. Ja, ich bin bereit für die Beseitigung von Kinderarmut zu einzutreten! Auch wenn wir wissen, dass viele Regelungen auf Bundes- oder Landesebene entschieden werden, so sehen wir auch auf der kommunalen Ebene wichtige Handlungsmöglichkeiten. Wir rufen die Politiker in Stadt und Landkreis auf zu handeln und bitten die Bürgerinnen und Bürger, die Entwicklung von Ideen und Handlungskonzepten zu unterstützen. Die Schutzbehauptung der Nichtzuständigkeit mit Verweis auf Bund und Land darf nicht durchgehen und Nichthandeln rechtfertigen. Man darf nicht länger warten, bis evtl. durch den Bund positive Änderungen beschlossen werden!!

Der Regelsatz muss angehoben werden!

Es sind alle Wege zu nutzen, um auf Bundes- und Landesebene eine Verbesserung der materiellen Ausstattung der von Armut betroffenen Kinder zu erreichen. Ziel muss eine materielle Versorgung der Kinder sein, die Ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Viele Organisationen und Verbände, wie der Kinderschutzbund, der Paritätische, der VAMV, die Arbeiterwohlfahrt, die Gewerkschaften u.v.m., haben die bestehenden Regelungen analysiert und als unzureichend eingestuft. Alle setzen sich mit unterschiedlichen Modellen für eine deutliche Erhöhung der Leistungen ein und fordern eine völlige Neuberechnung der Bedarfe für Kinder. Wer Kinderarmut reduzieren will, der muss sich politisch auf allen Einflussebenen für eine bedarfsgerechte Erhöhung des Regelsatzes einsetzen.

Einrichtung kostenfreier „Mittagstische“ in Schulen und Kindertagesstätten

Leider ist es bittere Realität, dass eine gesunde und regelmäßige warme Mahlzeit am Tag in vielen Familien nicht gegeben ist. Alle Kindergärten und Schulen sollen diese notwendige Leistung kostenlos anbieten.

Betreuungseinrichtungen für Kinder noch zügiger ausbauen!

Eine wichtige Voraussetzung für den Weg aus der Kinderarmut ist die Erwerbstätigkeit der Eltern und eine möglichst früh beginnende Bildungsförderung. Hier trifft die Feststellung des Soziologen Gosta Esping-Andersen den Kern: „Das wichtigste Mittel gegen Kinderarmut besteht nicht in Transferleistungen, sondern im Erwerbseinkommen arbeitender Mütter.“ Um hierfür die Voraussetzungen zu verbessern, müssen alle Formen von Betreuungseinrichtungen für Kinder, insbesondere im Altersbereich von 0-3 Jahre, erweitert werden. Die bisherigen Planungen sind durch eine Bedarfsermittlung zu überprüfen entsprechend zu ergänzen und wie von Bund und Land gewünscht nun beschleunigt zu realisieren.

Einführung einer Berichterstattung über Kinderarmut als „Pilotprojekt“ einer neuen kommunalen Armuts- und Reichtumsberichterstattung

Der Landkreis bereitet nur gelegentlich Daten über das Ausmaß und die regionale und sozialraumorientierte Verteilung von Kinderarmut auf. Ohne kleinräumige Armutsdaten fehlen die Grundlagen für effiziente lokale Konzepte einer nachprüfbar Bekämpfung und Prävention von Kinderarmut. Das Thema Kinderarmut sollte als ein Pilotprojekt für eine neue Form der Armuts- und Reichtumsberichterstattung für den Landkreis erprobt werden. Bei diesem „ganzheitlichen“ Ansatz geht es nicht um reine Datenerhebung oder Aufbereitung, sondern um daraus abgeleitete, öffentlich diskutierte Konzepte und Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut bzw. der Erprobung geeigneter Präventionsmaßnahmen und deren Realisierung.

Einrichtung eines kommunalen Bildungsfonds

Nirgendwo in Europa sind Erfolg in Schule und Beruf derart an die soziale Herkunft gebunden wie in Deutschland. Alle Untersuchungen empfehlen eine frühe und intensive Bildungsförderung. Realität ist jedoch, dass viele Familien nach der Abschaffung der Lehrmittelfreiheit durch das Land nicht einmal die Schulmaterialien für ihre Kinder bezahlen können. Die Einrichtung eines kommunalen Bildungsfonds mit einer bedarfsorientierten Ausstattung mit Finanzmitteln ist deshalb auch in der Grafschaft erforderlich. Aus diesem Fond sollen Schulmaterialien und Fördermaßnahmen bezahlt werden. Leistungsberechtigt sollen Bezieher von ALG II, Sozialhilfe, sowie alle Haushalte mit Anspruch auf Wohngeld sein.

Einführung eines Familienpasses

Im Landkreis soll ein Familienpass ähnlich wie der Nordhornpass eingeführt werden, der es auch Familien mit geringem Einkommen ermöglicht, mehr an sozialen und sportlichen Aktivitäten teilzunehmen. Konkret sollte der Familienpass z.B. folgende Vergünstigungen enthalten:

freien Eintritt in Zoo und Schwimmbäder

freien Eintritt in alle Grafschafter Museen

freie Mitgliedschaft in Büchereien

kostenlose Ausstellung von Kinderreisepässen und Personalausweisen

kostenfreie Kurse der Musikschule für Kinder

kostenfreie Busfahrkarte für alle SchülerInnen während der Schul- und Ferienzeit

Wir regen an, dass Vereine und andere Organisationen den Familienpass anerkennen und für die Familienpassinhaber ebenfalls Vergünstigungen einführen.

Bildung eines „Notfallfonds“

Solange eine bedarfsgerechte Grundsicherung für Kinder nicht eingeführt ist, müssen Notsituationen von Haushalten mit Kindern durch kommunale Mittel gemildert werden. Der Wegfall früherer Mehrbedarfstatbestände stellt viele Familien vor unlösbare Probleme. Deshalb schlagen wir vor, einen „Notfallfond“ einzurichten, der in definierten Härtefällen den betroffenen Haushalten mit Kindern über einmaligen „Nothilfen“ beisteht. Dies können beispielsweise Reparaturen wichtiger Haushaltsgeräte (Waschmaschine), Beihilfen für Schulausflüge oder Ersatzbeschaffung von Kindermöbeln sein. Solch ein Katalog der „Nothilfen“ soll unter Beteiligung geeigneter Verbände und Organisationen erarbeitet werden.

Weiterentwicklung von Konzepten zur Gesundheitsförderung von Kindern

Als wissenschaftlich abgesichert gilt der Zusammenhang zwischen Armut und schlechtem Gesundheitszustand der Betroffenen. Auch Kinder bilden keine Ausnahme! Im Landkreis vorhandene Ansätze zur Gesundheitsförderung von Kindern sollten überprüft und zu einem öffentlich diskutierten Gesamtkonzept, das den Schulsport einschließt, zusammen gefasst werden. Unter Beteiligung ausgewiesener Experten aus sozialen Verbänden können so bestehende Handlungsdefizite erkannt und die Wirksamkeit der Maßnahmen überprüft werden.

Übernahme von Kosten der Unterkunft und Energiekosten

Es ist dafür Sorge zu tragen, dass die tatsächlichen Heizkosten von ALG II und Sozialhilfe-EmpfängerInnen für einen angemessenen Durchschnittsverbrauch vom Grafschafter Comeback übernommen werden. Dies schließt insbesondere die entsprechenden Heizkostennachzahlungen mit ein. Der Landkreis soll einen qualifizierten Mietpreisspiegel als Orientierung zur Festsetzung der angemessenen Miethöhe erstellen.

Den „Teufelskreis“ Kinderarmut und Migration durchbrechen

Kinder aus Migrantenfamilien sind besonders häufig von Armut betroffen, weil ihre Lebensbedingungen in Deutschland in der Regel geprägt sind von eingeschränkten Zugängen zu Arbeits-, Bildungs- und Wohnmöglichkeiten. In vielen Fällen kommen Probleme mangelnder kultureller und sprachlicher Integration hinzu, welche insbesondere durch das dreigliedrige Schulsystem nur unzureichend aufgefangen werden und zu weiteren Fehlentwicklungen im Bildungs- und Ausbildungsbereich führen. Um diese besondere Problematik zu mildern, sind ein umfassendes Konzept und ein Leitbild erforderlich, welche weit über den Rahmen der kommunalen Sozialpolitik hinausgehen. Ziel muss es sein, auch diesen Kindern eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und dafür die Voraussetzungen zu schaffen.